Anlage 7 zur GRDrs 890/2019

**Stellenschaffung**

**zum Stellenplan 2020**

| Org.-Einheit,Kostenstelle | Amt | BesGr.oderEG | Funktions-bezeichnung | AnzahlderStellen | Stellen-vermerk | durchschnittl.jährl. kosten-wirksamer Aufwand in Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 660 010366101030 | Tiefbauamt | A 14 | Jurist/-in (m/w/d) | 0,50 | -- | (64.650)hh-neutral |

# 1 Antrag, Stellenausstattung

Es wird die Schaffung einer halben Stelle der Bes.Gr. A 14 für die juristische Sachbearbeitung (Amtsjuristenfunktion) im Tiefbauamt, Abteilung Verwaltung, Sachgebiet Rechts- und Vertragsangelegenheiten (66-1.3), beantragt.

# 2 Schaffungskriterien

Die Schaffung ist haushaltsneutral, da in der Folge Sachmittel gekürzt werden können.

# 3 Bedarf

## 3.1 Anlass

Die im Sachgebiet Rechts- und Vertragsangelegenheiten anfallenden Aufgaben werden immer komplexer. Bei Vertragsabschlüssen zwischen Externen und der Stadt (z. B. Erschließungsverträge, Baudurchführungsverträge, Mietverträge, Gestattungsverträge usw.) wird mittlerweile vom/von der Vertragspartner/-in regelmäßig juristischer Beistand geholt. Verträge müssen deshalb in vielen Fällen mehrmals verhandelt und überarbeitet werden. Die juristischen Feinheiten und Kniffe sind genau zu prüfen, um rechtliche und finanzielle Nachteile für die Stadt zu vermeiden. Hinzu kommen langwierige bzw. vermehrte Gerichtsverfahren, da die Klagebereitschaft der Vertragspartner/-innen sowie der Bürger/-innen (Regressforderungen/Ansprüche von oder gegenüber der Stadt) zugenommen hat. Dementsprechend bedürfen auch die Fachabteilungen des Tiefbauamts immer häufiger rechtlicher Beratung bzw. Unterstützung bei komplexen Sachverhalten.

## 3.2 Bisherige Aufgabenwahrnehmung

Bei komplexeren Sachverhalten wurde bisher grundsätzlich ein Rechtsanwaltsbüro beauftragt, da für die Bearbeitung der Rechts- und Vertragsangelegenheiten im Sachgebiet, abgesehen von der Sachgebietsleitung, keine Stelle des höheren Dienstes zur Verfügung steht. Durch Aufgabenzuwachs (Mobilitätsfragen, Parkraummanagement) hat der Stellenbestand im Sachgebiet zugenommen, was sich auch auf die Kapazitäten der Sachgebietsleitung auswirkt.

## 3.3 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen

Mehrkosten, u. a. durch Bedarf an externer Unterstützung, zeitliche Verzögerungen und dadurch ggf. vermehrt Rechtsstreitigkeiten mit möglicher negativer Außenwirkung.

# 4 Stellenvermerke

keine